



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
3. Juli 2024

Achtundsiebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 139
Personalmanagement

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 28. Juni 2024

[*aufgrund des Berichts des Fünften Ausschusses (A/78/825/Add.1, Ziff. 6)*]

78/292. Abgeordnetes Militär- und Polizeipersonal im aktiven Dienst

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen [67/287](#) vom 28. Juni 2013, [68/252](#) vom 27. Dezember 2013, [71/263](#) vom 23. Dezember 2016, [74/254 A](#) vom 27. Dezember 2019, [74/254 B](#) vom 6. August 2020 und [75/292](#) vom 30. Juni 2021 sowie auf ihren Beschluss [78/542 C](#) vom 24. April 2024,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über abgeordnetes Militär- und Polizeipersonal im aktiven Dienst¹ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen²,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs;
2. *schließt sich* vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Resolution den Schlussfolgerungen und Empfehlungen im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen *an*;
3. *anerkennt* die Bedeutung der von abgeordnetem Militär- und Polizeipersonal im aktiven Dienst wahrgenommenen Aufgaben und des von ihnen bereitgestellten Fachwissens bei der Erfüllung der Mandate der Vereinten Nationen und ersucht den Generalsekretär, sich weiterhin aktiv an den Bemühungen um eine Verbesserung ihres rechtzeitigen Dienstantritts zu beteiligen und dabei die verschiedenen ihm zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um Herausforderungen zu bewältigen, die sich der Kontrolle des ausgewählten Militär- und Polizeipersonals im aktiven Dienst entziehen und ihren rechtzeitigen Dienstantritt verhindern;

¹ A/78/602.

² A/78/762.



4. *ersucht* den Generalsekretär, seine Bemühungen fortzusetzen, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten herauszufinden, wie einer doppelten Vergütung oder doppelten Versorgungsleistungen am besten entgegengewirkt werden kann, etwa über bilaterale Abkommen;

5. *anerkennt* die Herausforderungen, die sich bei der Umsetzung des Personalstatuts und der Personalordnung in Bezug auf abgeordnetes Militär- und Polizeipersonal im aktiven Dienst stellen, und bittet den Generalsekretär, Optionen für zusätzliche Maßnahmen zu prüfen, um im Einklang mit Artikel 1.2 m) die Unparteilichkeit des abgeordneten Militär- und Polizeipersonals im aktiven Dienst zu gewährleisten und Interessenkonflikte zu entschärfen;

6. *nimmt Kenntnis* von Ziffer 32 des Berichts des Beratenden Ausschusses, beschließt, den Generalsekretär zu ermächtigen, die außerordentlichen Maßnahmen in Bezug auf das abgeordnete Militär- und Polizeipersonal im aktiven Dienst bis zum 1. Juli 2027 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer einundachtzigsten Tagung über praktikable Optionen zur Lösung des Konflikts zwischen dem Personalstatut und der Personalordnung der Vereinten Nationen und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder Vorgehensweisen einiger Mitgliedstaaten in Bezug auf ihr zum Sekretariat abgeordnetes Militär- und Polizeipersonal im aktiven Dienst zu berichten;

7. *ersucht* den Generalsekretär, zu erwägen, ausgewähltes Militär- und Polizeipersonal im aktiven Dienst, das sich aufgrund von Problemen beim Dienstantritt, die sich der Kontrolle dieses Personals entziehen, nicht rechtzeitig zum Dienst melden kann, auf ähnliche Positionen am selben Dienort zu versetzen, sobald die Probleme behoben sind, oder ausnahmsweise und vorübergehend, ohne einen Präzedenzfall zu schaffen, an einen anderen Dienort zu versetzen.

95. Plenarsitzung
28. Juni 2024